

# **Stiftungs** *Position*

---

## Position des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen zur Übernahme pauschaler Overheadkosten durch wissenschaftsfördernde Stiftungen

Als Interessenvertretung der gemeinnützigen Stiftungen in Deutschland tritt der Bundesverband Deutscher Stiftungen für eine Förderung des gemeinwohlorientierten Stiftungswesens und für den Erhalt und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für diesen Bereich ein.

Der Bundesverband steht der zunehmenden Erwartungshaltung von wissenschaftlichen Einrichtungen ablehnend gegenüber, im Rahmen der Förderung konkreter Forschungsvorhaben Overheadkosten zu übernehmen.

### I.

Der Bundesverband Deutscher Stiftungen ist sich bewusst, dass die öffentlichen Mittel für die Grundfinanzierung der Universitäten zugunsten einer wettbewerblichen (Dritt-)Mittelvergabe in den letzten Jahren deutlich zurückgefahren wurden und die Mittel der Grundausstattung nicht mehr ausreichen, um einen wettbewerbsfähigen Wissenschaftsbetrieb aufrecht zu erhalten. Es kann jedoch nicht die Aufgabe von wissenschaftsfördernden Stiftungen sein, die Folgen dieser politisch herbeigeführten Umverteilung öffentlicher Mittel zugunsten wettbewerblich zu vergebender Programmbudgets zu kompensieren, geschweige denn die entstandene Lücke zu schließen.

## II.

Die seitens der Stiftungen zur Verfügung stehenden Mittel für Wissenschaft und Forschung sind begrenzt. Stiftungen wollen durch ihre Förderung neue Impulse setzen beziehungsweise Forschung auf Gebieten ermöglichen, für die andernfalls keine Mittel zur Verfügung stünden. Die Zweckverwirklichung wissenschaftsfördernder Stiftungen spiegelt sich in der Finanzierung zusätzlicher Forschungsprojekte und deren Umsetzung wider. Diese würde sehr stark beschränkt durch eine Beteiligung der Stiftungen an der Grundfinanzierung wissenschaftlicher Einrichtungen. Zudem ist es nicht die Aufgabe privater Stiftungen den Staat aus seiner Verpflichtung zu entlassen, für eine angemessene Basisfinanzierung der Hochschulen zu sorgen.

## III.

Aufgrund der Bedeutung eines ausgewogenen Verhältnisses von Grund- und Ergänzungsetat für die strategische Entscheidungsfähigkeit einer jeden Universität ist es aus Sicht des Bundesverbandes erforderlich, die Problematik der unzureichenden Grundfinanzierung noch einmal ins Zentrum hochschul- und finanzpolitischer Debatten zu rücken.